

Nachrichten aus der Forschung

Denis Strohmeier

»Das politische Wirken ehemaliger Berufsoffiziere als Abgeordnete im Reichstag, Bundestag und in der Volkskammer«

Workshop des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam,
28. November 2014

DOI 10.1515/mgzs-2015-0010

Als sich der zweite Deutsche Bundestag am 6. Oktober 1953 zu seiner konstituierenden Sitzung versammelte, befanden sich unter den 487 gewählten Abgeordneten auch einige ehemalige Offiziere der Wehrmacht. Beispielhaft hierfür stehen Fritz Berendsen (CDU), Oberst i.G. a.D., Hellmuth Heye (CDU), Vizeadmiral a.D., Erich Mende (FDP), Major a.D. und Herbert Schneider (DP), Hauptmann a.D. Auch in der Weimarer Republik und in der DDR gehörten ehemalige Offiziere den jeweiligen Parlamenten – dem Reichstag und der Volkskammer – an. Während des Workshops wurde anhand der Werdegänge von sechs ehemaligen Berufsoffizieren der Versuch unternommen zu analysieren, wie die betreffenden Personen nach einem verlorenen Krieg und einer politischen Transformationsphase den Weg in die Politik fanden, wie sie ihre politische Rolle ausfüllten und welchen Einfluss sie geltend machen konnten. Die Reichstagsabgeordneten Max von Gallwitz (DNVP), Franz Willi Brüninghaus (DVP), die Bundestagsabgeordneten Hasso von Manteuffel (FDP; ab 1956 FVP, dann DP) und Gert Bastian (Die Grünen, später fraktionslos) sowie die Volkskammerabgeordneten Vincenz Müller und Arno von Lenski (beide NDPD) waren nach dem Ende ihrer militärischen Laufbahn Mitglied eines Parlamentes – über eine ausreichend lange Zeitspanne, um an Prozessen parlamentarischer Gemeinschaftsbildung teilzuhaben und ein wie auch immer geartetes Bewusstsein für die eigene politische Rolle zu entwickeln. Im Zentrum des Interesses dieses Workshops standen die Gruppen-Zugehörigkeiten, die Selbst- und Fremdwahrnehmung der Abgeordneten sowie ihr Einfluss

Kontakt: Denis Strohmeier, Berlin, E-Mail: denis.strohmeier@gmx.de

auf politische Entscheidungen in parlamentarischen Gremien. Hinzu kamen die Fragen, ob es Gemeinsamkeiten in den untersuchten Biografien gibt und wie diese zutage treten.

Die erste Sektion, »Lebensläufe von Offizieren als Teil der historisch-biografischen Forschung«, wurde von *Dorothee Hochstetter* (Potsdam) eingeleitet. Anhand von Beispielen gab sie einen Überblick über verschiedene Methoden und Herangehensweisen in der Militärbiografie und der politischen Biografieforschung: hierzu zählen Individual-, Gruppen- und Netzwerkbiografien sowie Fragestellungen, welche die Sozialstruktur, die Karrierewege und Lebenswelten deutscher Parlamentarier in den Blick nehmen.

Der Vortrag von *Robert Lorenz* (Göttingen) wurde in Abwesenheit des Referenten verlesen und beschrieb die Rolle von Seiteneinsteigern in der Politik, die in der Regel aufgrund von Fachkompetenz, Quoten oder Proporz ausgewählt werden und oft Außenseiter sind und bleiben. Sie benötigen die aktive Unterstützung von Mentoren, um im jeweiligen Politikfeld reüssieren zu können. Die Gründe für den Wechsel ins Politische sind dabei höchst unterschiedlich, sie reichen von der Suche nach neuen Herausforderungen nach einem erfüllten Berufsleben, über Geltungs- und Gestaltungsbedürfnisse oder dem Wunsch, die Interessen spezieller Gruppen zu vertreten bis hin zu einer Neuorientierung nach einem Systemwechsel. Letzteres traf besonders nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg viele Militärs, die sich in einem neuen Berufsfeld etablieren mussten. Bei Seiteneinsteigern entfällt die im deutschen Parteiensystem typische Standardkarriere, die ein langjähriges Engagement in den Organisationen und Gremien der jeweiligen Partei mit sich bringt.

Die zweite Sektion »Reichstagsabgeordnete in der Weimarer Republik« eröffnete *Friederike Höhn* (Berlin), die ihre Überlegungen zur Person Erich Ludendorff (1865–1937) vorstellte. Der ehemalige General der Infanterie in der kaiserlichen Armee galt als Spiritus Rector und Galionsfigur völkisch-rechter Parteien und Gruppierungen. Unter der Führung Ludendorffs vereinten sich die Großdeutsche Volksgemeinschaft (Nachfolgeorganisation der verbotenen NSDAP) und die Deutschvölkische Freiheitspartei (DVFP) zum sogenannten Völkischen Block und zog mit der Wahl vom 4. Mai 1924 in den Reichstag ein. Ludendorff gehörte keiner der beiden Parteien an und übte sein Mandat lediglich vier Monate lang eher lustlos aus. Er war kein überzeugter Parlamentarier und beschrieb seine Zeit im Parlament als »Leidensweg«. In den Sitzungsprotokollen des Reichstages lassen sich keine Redebeiträge von ihm nachweisen. Doch trotz seiner negativen Einstellung zum Reichstag und seiner häufigen Abwesenheit stellte sich Ludendorff im Dezember 1924 erneut zur Wahl und wurde wiedergewählt. Offiziell blieb er bis 1928 Mitglied des Parlamentes – nachdem er mit seinen Ambitionen, als Präsident zu kandidieren gescheitert war, blieb Ludendorff dem Reichstag fern.

Seine Rolle als ehemaliger Offizier in einem Parlament lässt sich aufgrund seiner Weigerung, aktiv an der parlamentarischen Arbeit zu partizipieren, nur schwer einschätzen.

Im Gegensatz dazu engagierte sich der von *Jakob Jung* (München) dargestellte ehemalige General der Artillerie Max von Gallwitz (1852–1937) sehr aktiv in seiner zweiten Karriere als Abgeordneter des Reichstages. Der Katholik Gallwitz trat 1870 in die preußische Armee ein, nahm am Deutsch-Französischen Krieg und am Ersten Weltkrieg teil, in dem er als Befehlshaber verschiedener Armeen in Ostpreußen, auf dem Balkan und an der Westfront agierte. Als Referent im Kriegsministerium hatte er bereits politische Erfahrungen gesammelt und hielt in dieser Position seit 1903 auch Reden im Reichstag. Einer bürgerlichen Familie entstammend, galt Gallwitz während seiner Dienstzeit als der Deutschen Zentrumspartei nahe stehend. Nach seiner Verabschiedung aus dem Militär zog er 1920 jedoch für die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) in den Reichstag ein. Im Militär- und Marineausschuss sowie im Auswärtigen Ausschuss engagierte sich Gallwitz als militärischer Experte der DVP vor allem für Versorgungsansprüche von Soldaten und galt als Fürsprecher der Katholiken. Hinter den Kulissen verfolgte der ehemalige General eine antisemitische Linie. Nach dem Ende der Legislaturperiode zog sich Gallwitz 1924 aus Altersgründen aus dem politischen Leben zurück.

Unter dem Motto »Ein Mann geht mit der Zeit« porträtierte *Frank Nägler* (Berlin) den früheren Konteradmiral Franz Willi Brüninghaus (1870–1951). Mit seinem Eintritt in die Marine 1888 begann Brüninghaus' militärische Laufbahn, aus der er 1919 verabschiedet wurde. Im selben Jahr trat er der Deutschen Volkspartei (DVP) bei, deren rechtem Flügel er angehörte. Für die DVP war er von 1920 bis 1930 im Reichstag vertreten. Die parlamentarische Arbeit von Brüninghaus war geprägt von seinem Engagement für die Marine- und Militärpolitik und seiner Lobbyarbeit für die Tabakindustrie, in der er seit 1921 tätig war. Als Fraktionsgeschäftsführer der DVP zeigte er sich kompromissbereit und unterstützte die interfraktionelle Kommunikation. In seinen Redebeiträgen dominieren wehr- und marinepolitische Themen sowie Beiträge zur Geschichtspolitik. Trotz seiner Kontakte zur Führung der Reichsmarine und seinem Wissen über die Geheimrüstung scheint der Einfluss von Brüninghaus auf die Marinepolitik der Weimarer Republik eher gering gewesen zu sein, da er sich den Positionen des Reichswehrministers Wilhelm Groener in der Wehrpolitik unterordnete. Der Referent machte deutlich, dass die präsentierten Ergebnisse einen vorläufigen Charakter haben, da noch zusätzliche Aktenbestände, die das politische Wirken Brüninghaus' offenlegen, ausgewertet werden müssen.

In der Diskussion wurden Gallwitz' Motive, in der Politik zu reüssieren ergänzt. Einerseits lag ihm daran, den politischen Katholizismus auch abseits der Zentrumspartei zu etablieren. Andererseits war die Furcht vor einer Auslieferung

an die Entente-Staaten im Zusammenhang mit Kriegsverbrechen in den Ardennen 1914 ein Grund für sein Engagement, schützte ihn doch seine parlamentarische Immunität. Mit Blick auf Brüninghaus wurde auf den fließenden Übergang von dessen letzter militärischer Stellung als Departmentchef für Etat im Reichsmarineamt hin zu seiner politischen Karriere in der DVP verwiesen. Die Partei von Gustav Stresemann hatte sich aktiv um Brüninghaus als Verbindungsmann zu Offizieren und als Wehrexperte bemüht; ihm wurde ein Mandat im Reichstag zugesichert.

Die dritte Sektion beschäftigte sich mit Bundestagsabgeordneten. Dorothee Hochstetter widmete sich der Biografie von Hasso von Manteuffel (1897–1978). Einer traditionsbewussten pommerschen Offizierfamilie entstammend, durchlief Manteuffel den typischen Karriereweg eines Offiziers im preußischen Heer, angefangen beim Kadettenkorps, über das traditionsreiche Husaren-Regiment v. Zieten bis zum Einsatz im Ersten Weltkrieg. Nach Kriegsende wurde er 1919 als Leutnant in die Reichswehr übernommen. In der Wehrmacht stieg Manteuffel bis zum General der Panzertruppe auf und kämpfte im Zweiten Weltkrieg an Ost- und Westfront. Bis zum Ende hielt er dem nationalsozialistischen Regime die Treue. Nach seiner Entlassung aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft 1947 begann er, als Prokurist zu arbeiten und sich politisch zu betätigen. Manteuffel votierte bereits 1950 für einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag und unterbreitete Adenauer entsprechende Vorschläge. In die Freie Demokratische Partei (FDP) trat er 1949 ein und gehörte ihr bis 1956 an. Anfangs engagierte sich Manteuffel auf regionaler Ebene und war ab 1952 Vorsitzender im Ausschuss für Sicherheitsfragen der Partei, bevor er 1953 in den Deutschen Bundestag gewählt wurde. Auf Parteiebene und auch im Parlament betätigte er sich in der Wehr- und Sicherheitspolitik. Im Ausschuss für Fragen der europäischen Sicherheit, ab Januar 1956 Ausschuss für Verteidigung, arbeitete der ehemalige General aktiv an der Gestaltung der Wehrgesetzgebung und der Inneren Führung für die neuen Streitkräfte mit, deren Name »Bundeswehr« auf einen Vorschlag von Manteuffel zurückgeht. Besonders aktiv war der ehemalige Panzergeneral im Verteidigungsausschuss, als im Sommer 1956 die Beschaffung von gepanzerten Fahrzeugen für die Bundeswehr diskutiert wurde. Seine politische Karriere endete 1957, als es ihm nicht gelang, ein neues Parlamentsmandat zu erringen. Vielmehr musste sich Manteuffel seiner eigenen Vergangenheit stellen. Er wurde 1959 wegen Totschlags zu eineinhalb Jahren Haft verurteilt; mit der Erschießung eines Soldaten wegen Pflichtverletzung hatte er seine Befugnisse als Divisionskommandeur unrechtmäßig überschritten. Politische Akteure, die aufgrund ihres militärischen Vorlebens als Militärexperten galten, bildeten in der Phase der Wiederbewaffnung ein wichtiges Bindeglied zwischen antagonistischen politischen und gesellschaftlichen Kräften. Manteuffel zeigte in seinem Selbstverständnis als Militärexperte

eine gewisse Anpassungsfähigkeit an die neuen politischen Gegebenheiten, die teilweise durchaus eigennützig motiviert waren. So hoffte er, seine militärische Karriere in der Bundeswehr fortzusetzen. Dies scheiterte spätestens mit seiner Verurteilung 1959.

Saskia Richter (Hildesheim) porträtierte unter dem Titel »Seitenwechsel für den Frieden« Gert Bastian (1923–1992). Dieser wurde 1941 Angehöriger der Wehrmacht. Nach einer zivilen Laufbahn als Buchbinder trat Bastian 1956 als Oberleutnant in die neugegründete Bundeswehr ein, in der er bis 1980 in verschiedenen Verwendungen diente, zuletzt als Generalmajor. Ab Mitte der 1970er Jahre wurde Bastian politisch aktiv und begann, sich für die aufkommende Friedensbewegung in der Bundesrepublik einzusetzen. Er forderte 1979, noch als aktiver Offizier, mehr Verständnis für das militärpolitische Handeln der Sowjetunion, da diese noch immer durch den Angriff Deutschlands im Zweiten Weltkrieg traumatisiert sei und ein besonderes Schutzbedürfnis habe. Bastian stellte sich öffentlich gegen die Nachrüstung und den NATO-Doppelbeschluss. Dies markierte das Ende seiner militärischen und den Beginn seiner politischen Karriere, diesen Wechsel begründete er mit seinem belasteten Gewissen. Auch wenn Bastian stets als Mitinitiator des »Krefelder Appells« angesehen wird, ist dies nicht eindeutig verbürgt. Der Aufruf der westdeutschen Friedensbewegung richtete sich gegen die Stationierung von Pershing-II-Raketen in Europa. Über die Initiative »Generale für den Frieden«, die von der DDR finanziert wurde und den politischen Vorstellungen der SED nahestand, kam der pensionierte General zu den Grünen, für die er 1983 in den Bundestag einzog. In der Partei positionierte er sich als Militärexperte und war Mitglied des Verteidigungsausschusses im Bundestag. Seine Zeit im Bundestag war überschattet von Auseinandersetzungen innerhalb der Grünen. Anfang 1987 zog er sich enttäuscht aus dem Parlament zurück. Innerhalb der Friedensbewegung nahm Gert Bastian die Rolle eines »Kronzeugen« ein. Bei den Grünen exponierte er sich im Bereich der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, ihm fehlte jedoch ein starker Rückhalt in der Partei. Ungeklärt muss bleiben, warum er erst am Ende seiner militärischen Karriere politisch aktiv wurde und ob nicht eine gewisse Geltungssucht zu diesem Wechsel beigetragen haben könnte. In der anschließenden Aussprache wurde besonders kontrovers über die Frage des Gewissens eines Offiziers der Bundeswehr diskutiert.

Die letzte Sektion widmete sich Abgeordneten der Volkskammer der DDR. *Torsten Diedrich* (Potsdam) stellte den Generalleutnant in Wehrmacht und Nationaler Volksarmee (NVA) Vincent Müller (1894–1961) vor. Der aus Bayern stammende Müller trat 1913 in die bayerische Armee ein und nahm am Ersten Weltkrieg teil. Er gehörte nach 1919 zu den Offizieren, die in die Reichswehr übernommen wurden. Politisch stand er in dieser Zeit Kurt von Schleicher nahe. In der Wehrmacht stieg Müller bis 1944 zum Generalleutnant auf und befehligte im Zweiten

Weltkrieg mehrere Verbände bis zur Größe eines Armeekorps. Müller wurde im Juli 1944 an der Ostfront gefangen genommen und vollzog dort einen raschen Gesinnungswandel. Er war Mitglied im Nationalkomitee Freies Deutschland (NKFD) sowie im Bund Deutscher Offiziere (BDO). Nach seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft 1948 arbeitete Müller maßgeblich am verdeckten Aufbau ostdeutscher Streitkräfte mit und war Chef des Stabes der Kasernierten Volkspolizei (KVP) und der NVA. Der als politisch unzuverlässig geltende General wurde 1958 aus dem Militärdienst entfernt. Politisch engagierte sich Müller seit 1948 in der National-Demokratischen Partei Deutschlands (NDPD). 1949 wurde er per Listenwahl in die Volkskammer »gewählt«, in der er bis 1952 Vizepräsident war. Als Fraktionsvorsitzender machte sich Müller für ein unabhängiges, wiedervereinigtes Deutschland stark und agierte – durch eine große Abneigung gegen die USA motiviert – gegen die Westbindung der Bundesrepublik. Die Dominanz der SED ließ eine eigenständige Politik der NDPD nicht zu, die sich als Blockpartei der Politik der Einheitspartei unterwerfen musste und vor allem eine integrierende Funktion für ehemalige Offiziere und Mitglieder der NSDAP in der DDR hatte. Müller versuchte durch seine vielfältigen Kontakte in die Bundesrepublik, die das Interesse der Staatssicherheit auf sich zogen, die deutsch-deutsche Annäherung zu forcieren, scheiterte dabei aber letztlich an den politischen Gegebenheiten. Diedrich charakterisierte Müller als »Diener in zwei Diktaturen«.

Rüdiger Wenzke (Potsdam) blickte auf das politische Wirken des ehemaligen Generalleutnants der Wehrmacht und Generalmajors der NVA Arno von Lenski (1893–1986). Wenzke bezeichnete die Volkskammer der DDR als bloße Bestätigungsversammlung. Er verwies darauf, dass die eigentlichen politischen Entscheidungen im Politbüro und im Zentralkomitee der SED getroffen und dort auch die entsprechenden Gesetze und Anordnungen ausgearbeitet wurden. In den Parlamentsausschüssen wurden höchstens Details besprochen. Lenski wurde erstmals 1958 per Einheitsliste für die NDPD in die Volkskammer »gewählt«, der er bis 1967 angehörte. Der Abkömmling einer adligen Familie begann 1912 als Leutnant den aktiven Militärdienst, nahm am Ersten Weltkrieg teil und wurde nach 1919 in die Reichswehr übernommen. Im Zweiten Weltkrieg geriet er als Kommandeur der 24. Panzerdivision im Februar 1943 bei Stalingrad in sowjetische Gefangenschaft. Dort engagierte sich Lenski nach längerem Überlegen ab 1944 im NKFD und im Bund Deutscher Offiziere (BDO) und befürwortete ein neues Deutschland. Nach seiner Entlassung kehrte er 1949 nach Deutschland zurück und trat in die NDPD ein. Dort gehörte er der Führungsspitze der Partei an und war von 1950 bis 1958 Mitglied der DDR-Länderkammer. Aufgrund seiner militärischen Vergangenheit schloss er sich 1952 zum Aufbau der Panzertruppe der KVP an, dort diente er – ab 1956 in der NVA – bis zu seiner Entlassung 1958. Eine der prägenden Charaktereigenschaften von Lenski sei seine Anpassungsfähigkeit ge-

wesen, mit der es ihm gelang, auch unter den neuen politischen Bedingungen zu reüssieren. Im Ruhestand setzte er seine politische Karriere fort, in der Volkskammer war er Mitglied im Ausschuss für Petitionen und Eingaben, ab 1964 im Ausschuss für Nationale Verteidigung. Die Mitgliedschaft in der Volkskammer war nach Ansicht Lenskis äußerst prestigeträchtig und entsprach seinem Geltungsbedürfnis. Er unterstützte die Politik der SED ohne Widerspruch und wurde von dieser als Aushängeschild einer angeblichen demokratischen Entwicklung in der DDR benutzt. In der sich anschließenden Diskussion wurde auf die Kontinuität von Müllers antim Amerikanischer und antisemitischer Haltung hingewiesen, die beim Übergang vom Nationalsozialismus zum Kommunismus keine Veränderung im Denken notwendig machte.

Michael F. Feldkamp (Berlin) fasste die Ergebnisse des Tages zusammen. Er machte wenig Vergleichbares in den Biografien der vorgestellten Personen aus, deren Leben sehr individuelle Kontexte widerspiegeln. Einen gemeinsamen Nenner sah er in der Erfahrung des politischen Umbruchs, alle porträtierten Personen traten erst nach einer historischen Zäsur in die Politik ein. Die Erfahrung des Umbruchs gelte jedoch auch für alle Zivilisten und Nicht-Parlamentarier. Feldkamp wies darauf hin, dass bei den politischen Quereinsteigern die Expertise als Militärs gefragt war – auch weil Verteidigungsfragen in Parlament und Gesellschaft unbeliebt waren. Generell forderte er, das Wahlverhalten, auch das passive, der Soldaten mehr zu beachten. Die vorgestellten sechs »Helden« waren nach Ansicht von Feldkamp sehr pragmatische Politiker, die fern von den Fleischtöpfen und Verbindlichkeiten der Partei agierten. Ein grundsätzliches Problem sah er im Umgang der Politikanfänger mit den Medien.

Die meisten der vorgestellten Offiziere können als Seiteneinsteiger in die Politik betrachtet werden, jedoch verfügten etwa Gallwitz und Brüninghaus bereits über spezifische Erfahrungen im Umgang mit dem Parlament. Den Schwerpunkt ihres Wirkens sahen die ehemaligen Offiziere im Bereich der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik. Bei allen systembedingten Unterschieden fungierten ehemalige Offiziere nach 1945 im Deutschen Bundestag und in der Volkskammer der DDR häufig als Sprachrohr der ehemaligen Soldaten, einerseits um deren Interessen zu vertreten, andererseits um deren Integration in das neue politische System zu fördern. In der Volkskammer der DDR blieb die politische Gestaltungskraft der Abgeordneten aufgrund des Führungsanspruchs der SED generell gering, infolgedessen ist ihre Funktion eher als symbolisch-repräsentativ zu verstehen. Der Workshop tangierte auch die Frage nach dem Spannungsverhältnis zwischen den soldatischen Ordnungs- und Wertvorstellungen sowie der Logik und den Funktionsweisen der Institution Militär einerseits und den Strukturen bzw. Usancen in der Politik andererseits. Für die Forschung offenbarte die Veranstaltung vielfältige Möglichkeiten, die einen neuen Blick auf die Verknüpfung von Militär und

Gesellschaft in unterschiedlichen politischen Systemen zulassen. Einen Anfang könnte eine biografische Untersuchung von Bundestagsabgeordneten machen, die als aktive Offiziere in der Wehrmacht oder in der Bundeswehr gedient haben. Solch eine Studie könnte in der Erweiterung zu anderen Forschungsvorhaben später epochen- und länderübergreifende Vergleiche ermöglichen. In allen vorgestellten Lebensbildern wurde die Kriegsteilnahme als entscheidender Lebensabschnitt dargestellt. Interessant wäre es zu untersuchen, inwieweit diese Gewalterfahrung Einfluss auf das politische Engagement des Einzelnen hatte.